

# Rechtsanspruch auf Förderschule

Nicht nur einen Anspruch auf den Regelschul-Besuch, auch auf die Sonderschule fordert die Politik.

VON GABI KNOPS-FEILER

**LEVERKUSEN** Noch immer sind die Außentoiletten in der Katholischen Thomas-Morus-Grundschule nicht saniert. Die GGS Im Kirchfeld erwartet höhere Schülerzahlen als prognostiziert, und die Erich-Klausener-Schule mahnt dringend vier Gruppenräume für den offenen Ganztags an: Trotz einiger Mängel, die noch behoben werden müssen, hat der Schulausschuss am Montag die Schulentwicklungspläne Grund- und Hauptschulen, Realschule, Gymnasien, Gesamtschulen und Sekundarschule bis zum Jahr 2020 mehrheitlich verabschiedet. Enthalten haben sich Bürgerliste und Linke.

Man sei sich darin einig, dass die Mitwirkenden des ersten Berichtes dieser Art „hervorragende Arbeit“ geleistet hätten, sagte CDU-Ratschherr Bernhard Marewski zu Beginn der Diskussion. Die Schulentwicklung in Leverkusen sei sehr effektiv. „Hier wird was für die Schulen getan, wir können uns glücklich schätzen“, lobte Marewski.

In Sachen Förderschule werde man sich weiter bemühen, dass es nicht nur einen Rechtsanspruch auf inklusive Beschulung gebe, sondern auch auf den Besuch der Förderschule. Die Förderklassen der drei



Schulrätin Carolin Maus sagte: „Wir wissen, dass wir auf einem sehr guten Weg sind, aber die Aufgaben werden noch sehr groß sein“.

RP-FOTO: UWE MISERIUS

Berufskollegs sollten weiter ausgebaut, Diskussionen am besten interfraktionell mit Verwaltung und betroffenen Schulen fortgesetzt werden, schlug Marewski vor. Insgesamt

habe die Verwaltung Großartiges geleistet und in vier Jahren knapp 50 Baumaßnahmen mit einem Kostenvolumen von insgesamt 55 Millionen Euro abgeschlossen.

Für die SPD mahnte Alexander Finke an, Bauprojekte an Schulen dürften nicht mit dem Schulentwicklungsplan erledigt sein, sondern müssten weiter vorangetrieben werden. Außerdem dürften Förderschulen an drei Standorten keinesfalls leichtfertig aufgegeben werden.

FDP-Vorsitzende Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens wollte wissen, auf welche Schulen und in welcher Größenordnung Flüchtlingskinder verteilt würden. Schulrätin Carolin Maus gab einen kurzen Überblick: In Absprache mit Schulleitung und Schulaufsicht werde eruiert, wo es genügend Lehrer gebe.

Kinder aus der Flüchtlingsunterkunft Sandstraße könnten nicht nur Opladener Schulen besuchen. Alle Einrichtungen stellten sich der Aufgabe und wollten am Prozess beteiligt werden.

Aktuell versuche man ein Netzwerk zu eröffnen und nächste Schritte zu überlegen. Schnelle Integration liege allen am Herzen, dennoch grenzten aktuell alle Pläne an Hellschere, da Zahlen täglich nach oben korrigiert würden. „Wir wissen, dass wir auf einem sehr guten Weg sind, aber die Aufgaben werden noch sehr groß sein“, fasste Carolin Maus zusammen. Das Thema soll nach der Sommerpause erneut behandelt werden.